

Rede zum 70. Jahrestag der Liquidation des „Zigeunerlagers“ Auschwitz,

(4.8.2014, Braubachstraße, ehemaliges Stadtgesundheitsamt)

Zwei Frauen werden im Hauptbahnhof auf entwürdigende Art und Weise von der Bundespolizei untersucht, weil ein Passant sie beschuldigte, absichtlich im Weg zu stehen. Ein junger Mann, der sich mit großer Mühe um die Erwerbsperspektive für sich, seine Frau und die Kinder mit Behinderung kümmert, wird durch eine Fotostrecke in der Bild-Zeitung als Mafioso bezichtigt und so diffamiert, dass die Familie keine Ruhe mehr findet.

Einer Frau mit sechs Kindern wird seitens des Vermieters die Untervermietung der unmenschlichen Behausung unterstellt. Wenig später rückt eine Sondergruppe der Kripo, die eigentlich nur für Schwerverbrechen zuständig ist, an und sucht im Tiefkühlfach erfolglos nach Verträgen. Bei der Gelegenheit werden alle Anwesenden und das sind meistens Kinder, erkennungsdienstlich behandelt.

Einem jungen Ehepaar werden die beiden Kinder, um die es sich rührend kümmert, entzogen, weil sie in einer Gartenhütte leben; hätten sie die Stadt verlassen, wären die Kinder zurückgegeben worden.

Eine schwangere Frau wird im Krankenhaus nur oberflächlich behandelt und mit der Information entlassen, eine Fehlgeburt könne sie auch auf der Straße haben. Unmittelbar nach dem Verlassen des Hospitals, hat die Frau eine Fehlgeburt.

Das Ordnungsamt ist derzeit fieberhaft bemüht, Roma die Freizügigkeit zu entziehen, weil sie bisher keine Arbeit gefunden bzw. Leistungen beantragt haben; im Klartext bedeutet das die Verletzung der Grundrechte der EU-Osterweiterung.

Allen Vorgängen ist gleich, dass sie in Frankfurt innerhalb der letzten Zeit stattfanden, dass es sich um Roma handelt und dass die Aufzählung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt.

Die Diskriminierung, der Rassismus gegenüber Roma und Sinti findet im Großen, beispielsweise mittels der massenhaften Abschiebung in Frankreich durch den jetzigen Ministerpräsidenten und den früheren Innenminister Valls statt, der öffentlich die Meinung bekundet, Roma sind nicht integrierbar und als Sozialist härter vorgeht als sein rechtskonservativer Amtsvorgänger Sarkozy. Sie zeigt sich in der strukturellen Ausgrenzung und Benachteiligung von Roma, die angesichts der Flutkatastrophe in Serbien in einen Bunker voller Rattengift verfrachtet werden oder in den Ausweisungen von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, die durch die Einstufung von Serbien, Bosnien und Mazedonien als sichere Herkunftsländer seitens der Bundesregierung verstärkt wird und sie offenbart sich im Kleinen, wie bereits geschildert.

Sehr geehrte Damen und Herren,
der neue und alte Antisemitismus feiert fröhlich Urstand. Unter dem Deckmantel legitimer Kritik dienen Juden, jüdische Einrichtungen und Israel verstärkt wieder als Ziel. Tödliche Anschläge in Brüssel und Toulouse, Attacken auf einzelne Personen in Berlin, Frankfurt, Offenbach, die Schändung von jüdischen Friedhöfen, von Synagogen und Gemeindeeinrichtungen, Hitler-Grüße auf Demos, brutale Gewalt gegenüber Kritikern, Losungen, die sich bewusst dem einschlägigen NS Vokabular bedienen, ein versuchter Anschlag auf die Essener Synagoge beschreiben die derzeitige Haltung und Praxis im rechten Spektrum - allerdings auch Einstellungen aus der Mitte der Gesellschaft und der Linken.

Wenn jüdische Familien ernsthaft überlegen, das Land zu verlassen, wenn Gegendemonstranten darum fürchten, sich als Juden erkennen zu geben, wenn Gemeindeaktivitäten aus Angst um die Sicherheit ihrer Mitglieder abgesagt werden müssen und das Internet vor Häme, Beschimpfungen, Drohungen und altbewährten Banalisierungen strotzt, dann funktioniert der Grundkonsens des tollwütigen Judenhasses und es stellt sich wiederholt die Frage: Warum, trotz aller eifertigen öffentlich politischen Erklärungen der letzten Jahre, dass Antisemitismus doch breitflächig zu ächten sei. Offensichtlich war es nie so gemeint, weder in den Medien, noch im politischen Alltag, geschweige denn auf der Straße.

Ein Verfassungsgerichtsurteil, wonach die Bezeichnung des Holocaust als Zwecklüge und die Morde in der Gaskammer als Geschichtslüge straffrei bleibt, eine Gerichtsentscheidung, die die Titulierung von Michel Friedmann, dem ehemaligen Vorstandmitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland, als „Zigeunerjude“ nicht ahndet, signalisiert angesichts der neonazistischer Morde durch die NSU und der aktuellen Stimmung nicht nur die Motivationslosigkeit von Strafverfolgungsbehörden, sondern auch die Diskrepanz zwischen billigen Lippenbekenntnissen und gesellschaftlicher Realität.

Die Befreiung von Auschwitz durch die rote Armee, der Sieg über die Nazis führte nicht zur rigorosen und konsequenten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess wurde bereits 1959 vom Bundesgerichtshof die Rechtsgültigkeit abgesprochen. Die Fairness eines rechtsstaatlichen Verfahrens sei nicht gewährleistet gewesen. Wurden die Rechte der über eine Million in Auschwitz ermordeten Juden, der vernichteten Roma und Sinti bei diesem Urteil berücksichtigt? Erst Anfang der 60er Jahre fand der viel beachtete Auschwitz-Prozess in Frankfurt statt; über 15 Jahre nach der Befreiung.

Antisemitismus und der Rassismus gegenüber Roma und Sinti sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Die gemeinsame Erfahrung von jahrhundertelanger Verfolgung und Ausgrenzung, die Konfrontation mit der NS-Vernichtungsmaschinerie, dem endgültigen Zivilisationsbruch und dessen Wirkungsgeschichte bis in die Gegenwart machen die Betroffenen sensibler und aufmerksamer.

Liebe Freundinnen und Freunde, in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden knapp 2900 Roma und Sinti aus dem „Zigeunerlager“ Auschwitz vergast, nachdem sie sich im am 16. Mai desselben Jahres durch einen Aufstand kurzzeitig erfolgreich gegen die massenhafte Vergasung zur Wehr setzten. „Arbeitsfähige“ Roma und Sinti, vor allem diejenigen, die den Widerstand organisiert hatten, wurden vor der Mordaktion selektiert und in andere Lager deportiert.

Keineswegs, wie so oft behauptet, verlief dies ohne Widerstand. Romani Rose, der Vorsitzende des Zentralrats der deutschen Sinti und Roma, führte dazu folgendes aus: „In der Geschichte des Widerstandes unserer Minderheit gegen den Nationalsozialismus hat der Aufstand in Auschwitz-Birkenau am 16. Mai 1944 einen besonderen Stellenwert. Um das Handeln der Beteiligten angemessen würdigen zu können, müssen wir uns die Möglichkeiten von Widerstand unter den damaligen Bedingungen bewusst machen.

Bereits mit dem Eintritt in das Konzentrationslager wurde der Häftling zur bloßen Nummer degradiert, die man ihm auf die Haut eintätowierte. An diesem Ort grenzenloser Willkür und – aus Sicht der Opfer – der totalen Ohnmacht ist jeder Versuch, sich der aufgezwungenen Entmenschlichung entgegenzustellen, als ein Akt des Widerstands zu betrachten. Dass es in der Hölle dennoch Solidarität und Standhaftigkeit gegeben hat, verdient unsere höchste Anerkennung.

Dieser Widerstand umfasste ein breites Spektrum: Er reichte vom Protest gegen Entrechtung und Ausgrenzung oder gegen Verschleppung von Angehörigen bis zur Flucht aus den Konzentrationslagern. Als Teil der Befreiungsbewegungen im nationalsozialistisch besetzten Europa leisteten Sinti und Roma auch vielerorts bewaffneten Widerstand, wie zum Beispiel innerhalb der französischen Résistance oder im ehemaligen Jugoslawien, wo sich viele Angehörige unserer Minderheit der „Nationalen Befreiungsfront“ unter Tito anschlossen. Sie spielten eine wichtige Rolle bei der Befreiung ihres Landes und erhielten nach dem Krieg höchste Auszeichnungen. Auch darf nicht unerwähnt bleiben, dass in den Reihen der alliierten Truppen, die Europa unter großen Opfern von der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft befreiten, auch zahlreiche Angehörige unserer Minderheit kämpften.“

Ein Rom, der Auschwitz überlebte, berichtete „Alles, was ich damals erlebt habe, kann ich nicht vergessen, bis auf den heutigen Tag. Regelmäßig habe ich nachts Alpträume, dann träume ich von all dem Schrecklichen, das ich in Auschwitz und anderswo erlebt habe, ich wache dann mitten in der Nacht aus meinen Träumen auf und zittere am ganzen Körper. Die Angstträume kehren immer wieder zurück, sie sind ein Teil von mir geworden, den ich nicht mehr loswerde.“

Am 27.1.2000 wurde in der Braubachstraße aus privaten Mitteln und nur durch massive Öffentlichkeitsarbeit der Roma-Union, des Förderverein Roma, der jüdischen Gemeinde und vielen UnterstützerInnen eine Tafel am Stadtgesundheitsamt angebracht. Über zehn Jahre lang haben fast alle Parteien und Gremien und das Institut für Stadtgeschichte die Tafel verhindert. Die Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Täter, eine angeblich unsichere Beweislage über ihre Verbrechen, die namentliche Erwähnung der Verantwortlichen, die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Nachkriegszeit und die angebliche Gefahr, dass durch die Anbringung der Mahntafel ein Wallfahrtsort für Neonazis entstünde waren die ebenso ungläubwürdigen wie konstruierten Gründe der Ablehnung.

Die Tafel erinnert an die ermordeten Roma und Sinti und benennt, dass die beiden für die Erfassung und Deportation maßgeblich verantwortlichen NS-Rasseforscher Ritter und Justin nach 1945 nicht etwa strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden sind, sondern, wie im Fall von Justin, noch bis in die 60er Jahre im gehobenen medizinischen Dienste der Stadt Frankfurt standen; trotz Wissen über ihre Funktion während der NS-Zeit.

Die Stadt Frankfurt täte gut daran, sich dessen zu erinnern, was der politischen und menschlichen Verantwortung entspricht. Ich meine damit, dass alleine die recht spät errichteten Gedenkplatten auf dem Hauptfriedhof, in der Krupp- und Dieselstraße und am Stadtgesundheitsamt nicht ausreichen. Die Gedenkplatte auf dem Hauptfriedhof ist kaum zu finden und schwer lesbar. Verantwortung für die unvergleichbare Vernichtung im Nationalsozialismus fällt wie bei den Tafeln Diesel- und Kruppstraße, wo sich die beiden Frankfurter Lager befanden, von denen aus Sinti und Roma nach Auschwitz deportiert wurden, der beabsichtigten Vergessenheit anheim. Es gibt kein öffentliches Interesse, den relevanten politischen Zusammenhang zwischen NS-Vergangenheit und Gegenwart herzustellen.

Notwendiger denn je ist es, zu erinnern, welche tragenden Rollen NS Bürgermeister Krebs und der Polizeipräsident Beckerle bei der Verfolgung von Roma und Sinti hatten. Es soll nicht verschwiegen werden, dass KZ-Arzt Mengele und einer der Haupttheoretiker der NS-Rassenideologie, Verschuer, an der Frankfurter Uni tätig waren. Hinweise über die Machenschaften während der NS-Zeit des hiesigen Erbgesundheitsgerichtes und die Informationen, aus welchen Schulen Roma und Sinti entfernt wurden, stehen ebenso offen wie die Bezeichnung der Orte, von denen aus deportiert wurde, der Zeitungen und ihren Nachfolgern, die die Hetze betrieben und der Lager in der Krieg-, Solms- und Fritzlaer Straße, die bereits in den frühen 30er Jahren zur Internierung von Roma und Sinti dienten. Und schließlich bleibt die Forderung nach einer zentralen Gedenk- und Erinnerungsstätte in Frankfurt am Main.

Im September letzten Jahres wurden die Gräber auf dem Hauptfriedhof von Maria, Sonja und Jatschi Weiss, Roma die die NS-Lager überlebt haben, von den Familien und dem Förderverein Roma als Gedenkort umgestaltet. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat vor kurzem beschlossen, dass alle noch erhaltene Gräber von Roma und Sinti, die der Verfolgung und Vernichtung entkommen sind, nicht eingeebnet werden. Die zentrale Forderung aller Verbände, nämlich die Gräber von Überlebenden des Nazi-Terrors in Gedenkort umzuwandeln, lehnte bisher das Familienministerium ab. Der hessische Landesverband der deutschen Sinti und Roma und die hessische Landesregierung führen derzeit Verhandlungen, die den weiteren Bestand und die entsprechende Gestaltung der Gräber regeln sollen.

Indem auf die Verbrechen hingewiesen, Rassismus und Antisemitismus widerstanden wird, dominieren statt Vergessen, Vergeben und Verleugnen Erinnerung, aktive Auseinandersetzung und verantwortungsbewusstes Handeln, so wie es die Tafel am ehemaligen Stadtgesundheitsamt in Frankfurt am Main einfordert.

Vielen Dank
Joachim Brenner, Förderverein Roma